



## Aufarbeitung dringend erforderlich!

Eigentlich wollen wir alle die Corona-Zeit vergessen. Es kommt einem heute alles so unwirklich vor, was wir mit uns haben machen lassen. Natürlich haben wir den Experten vom Robert-Koch-Institut und allen anderen tatsächlichen und selbst ernannten Virologen vertraut, die uns täglich in Radio-Podcasts, Fernsehinterviews und unzähligen Talk-Shows mit ernstem Gesicht ihre Sicht der Dinge präsentierten.

Was **Christian Drosten** sagte, war Gesetz. Und die Politiker, die von all dem keine Ahnung hatten, offenbar auch nicht Professor **Karl Lauterbach**, wirkten als eine Art Brandbeschleuniger in der Umsetzung der Experten-Vorschläge. Denn, alle Maßnahmen haben Politiker angeordnet, die sich als Absicherung immer auf die Virologen beriefen. Diese erlangten einen für Mediziner ungewöhnlichen Bekanntheitsgrad, der dazu führte, dass der Virologe **Hendrik Streeck** kürzlich bekannt gab, dass er für die CDU in den Bundestag einziehen will. Interessant in diesem Zusammenhang ist ein Beitrag des ZDF: „Covid & Co. als Politik-Booster - Wie die Pandemie Virologen zu Stars machte.“

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-politik-booster-virologen-100.html>

Da niemand weiß, ob uns nicht eines Tages wieder auf irgendeinem Schiff aus irgendeiner Ecke dieser globalen Welt ein neuer Virus erreicht, ist eine Corona-Aufarbeitung dringend notwendig.



Es reicht nicht aus, dass der Corona-Minister **Jens Spahn** bereits im September 2022 ein Buch mit dem vielsagenden Titel: „Wir werden einander viel verzeihen müssen“ herausgegeben hat. „Wie ein Orkan ist die Pandemie übers Land gefegt. Nichts ist mehr, wie es war. Zum ersten Mal berichtet jetzt Jens Spahn sehr persönlich aus dem Zentrum des Orkans. Er erzählt, wie die Politik

in einer historischen Situation, für die es kein Beispiel gibt, der Krise Herr zu werden versucht, wie Kanzlerin, Ministerpräsidentenrunde, RKI und Experten um den richtigen Weg ringen. Er spart nichts aus, schildert schwierige Entscheidungen, drastische Maßnahmen, Zumutungen und Fehler ebenso wie

*Momente der Erschöpfung und Verzweiflung, erzählt von maßlosen Angriffen und dem Riss, der durch die Gesellschaft geht. Aber er richtet den Blick auch nach vorn: Wie können wir uns wappnen für kommende Krisen? Wie die erbitterten Gegensätze versöhnen, wie heilen, was unheilbar scheint? Ein bemerkenswert offener, ebenso kritischer wie selbstkritischer Blick auf unser Land in seiner bisher vielleicht größten Bewährungsprobe.“* Mit diesem Text wurde das Buch, das für 14,99 bzw. 22,00 Euro zu haben ist, angepriesen. Ich kann mir kaum vorstellen, dass dieses Werk irgendjemand gekauft hat.

Der einzig vernünftige Satz in der Beschreibung heißt: „Wie können wir uns wappnen für kommende Krisen?“ Und dazu ist eine Aufarbeitung erforderlich. Spahn fordert, dass wir „uns viel verzeihen müssen“, es würde schon reichen, wenn sich mal jemand bei uns entschuldigt. Dass es alle, Politiker und Virologen nur gut mit uns gemeint haben, glaube ich schon. Alle haben jedoch die Verhältnismäßigkeit aus den Augen verloren.

**Michael Müller**, damals Regierender Bürgermeister von Berlin und Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz, saß ständig mit **Angela Merkel** und den anderen Politikern zusammen. Von Ministerpräsidentenkonferenzen hatte vor Corona niemand etwas gehört, eine Randnotiz in den Nachrichten. Nun wurden Fernsehprogramme unterbrochen und live ins Kanzleramt geschaltet, wenn Merkel und Müller wieder neue Maßnahmen verkündeten.

Gegenüber der **Berliner Morgenpost** (22.03.2024) gesteht **Michael Müller** heute: „Bei manchen Dingen sind wir über das Ziel hinausgeschossen.“ Exemplarisch nennt er die sogenannte Osterruhe, die vorsah, fünf Tage lang alles dichtzumachen – auch Lebensmittelgeschäfte. „Dieser Beschluss ist glücklicherweise zurückgenommen worden.“ Die damalige Idee, Kinder sollten zur Unterbrechung der Infektionsketten ihre Spielpartner festlegen, nennt Müller heute „wirklichkeitsfremd“. Quelle: Berliner Morgenpost

Ob für die Corona-Aufarbeitung eine Enquete-Kommission eingesetzt werden muss, oder andere Wege sinnvoller wären, ist egal. Nicht zielführend dürfte jedoch sein, das Gesundheitsministerium mit der Aufarbeitung zu beauftragen. Das wäre ungefähr so, als bäte man die Baufirma mit der Untersuchung, deren Gebäude eingestürzt ist. Es muss eine unabhängige Kommission sein, an der vor allem auch Betroffene beteiligt werden. Zwar sollte nach vorn geschaut und vielleicht nicht im Nachhinein den Beteiligten ihre Äußerungen und Maßnahmen vorgehalten wer-



den. Aber zumindest daran erinnern sollte man schon, schließlich ging es um massive Einschränkungen der Freiheitsrechte, was sich in dieser Form nicht wiederholen darf.

Die **Berliner Zeitung** hat sich die Mühe gemacht, einige der Äußerungen zusammenzustellen und versucht, mit Entscheidungsträgern von damals ins Gespräch zu kommen. Das Büro von **Jens Spahn** verwies auf sein Buch. Tatsache ist, dass viele dieser Entscheidungsträger diejenigen, die sich nicht impfen lassen wollten, öffentlich diffamierten und sie noch mehr als andere in ihren Freiheitsrechten einschränkten. So wurde beispielsweise einem Vater, der sich nicht impfen lassen wollte, verboten, seinen Sohn zum Schwimmunterricht zu begleiten. Der Vater wurde damit gezwungen, sich impfen zu lassen.

In den Medien wurden regelrechte Kampagnen gegen Impfunwillige gefahren, es fehlte nur noch, dass man sie gezwungen hätte, einen Sticker am Revers zu tragen auf dem sich ein rot durchgestrichenes C befindet, oder zumindest ein 2G, 2G-Plus, 3G oder 3G-Plus. Ohne Impfpass mit den Nachweisen hatte man überall Probleme. „Politiker aller etablierten Parteien überboten sich in der Pandemie mit Forderungen, Ungeimpften das Leben schwer zu machen.“, schreibt die **Berliner Zeitung** in ihrem Beitrag.

„So sollten mehr Menschen dazu gebracht werden, sich impfen zu lassen – trotz möglicher, damals noch nicht ausreichend erforschter Nebenwirkungen. Ebenfalls nicht bekannt war, ob die Impfung die Ansteckung anderer überhaupt verhindern kann - sie kann es nicht, wie mittlerweile bekannt.“

Heute: „Wirtschaftsminister **Robert Habeck** (Grüne) kündigte gegenüber der **Bild-Zeitung** eine Phase des Nachdenkens ‚über die schwere Pandemie-Zeit mit all ihren Auswirkungen‘ an.“ Damals: „29. Juli 2021, der damalige Grünen-Vorsitzende Habeck wird von Fernsehreportern in seinem Heimatdorf Heikendorf in Schleswig-Holstein interviewt. Thema sind auch die Corona-Maßnahmen an Schulen: Man trage die ‚Pandemie auf dem Rücken der Kinder‘ aus, weil die ‚Erwachsenen zu lahm sind, sich impfen zu lassen‘, sagte Habeck. ‚Also Leute: Spritze in den Arm‘, so das Fazit des heutigen Wirtschaftsministers.“ „Doch bei der Impfung der Erwachsenen wollte es Habeck nicht belassen. Er drängte die Ständige Impfkommission (STIKO) beim Robert-Koch-Institut dazu, ‚mal ein bisschen in die Gänge‘ zu kommen. Diese sollte ‚ihre zögerliche Haltung‘ zur Impfung von Kindern über zwölf Jahren noch einmal

überdenken‘. Die vermeintliche Position der Experten – ‚Wir haben nicht genug Daten, wir können dazu uns nicht äußern‘ – sei ‚angesichts der Dringlichkeit der Lage‘ **keine „gut genuge Haltung“**. „genuge“?

„Ein weiterer Politiker, der sich während der Pandemie fast täglich zu gesundheitspolitischen Fragen äußerte, ist der heutige Gesundheitsminister **Karl Lauterbach** (SPD). In seiner Zeit als Abgeordneter sprach er sich gegen eine allgemeine Impfpflicht aus, als Gesundheitsminister drängte er darauf. In einem Tweet vom Mai 2020 schrieb Lauterbach, **eine Impfpflicht ergebe bei Covid ‚so wenig Sinn wie bei Grippe‘**. Februar 2022: ‚es reiche nicht, ‚den Ungeimpften nur auf die Nerven zu gehen‘. ‚Ich bin ein ganz klarer Befürworter einer allgemeinen Impfpflicht.“

„**Friedrich Merz** sagte Ende November 2021 bei Markus Lanz, man sei an einem Punkt, ‚an dem unser Land in Geiselschaft genommen wird von den Corona-Leugnern und den Impfgegnern‘. Gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland forderte er, Ungeimpfte sollten im Rahmen einer flächendeckenden 2G-Regelung aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen werden. Merz kandidierte damals für den CDU-Bundesvorsitz. Den Lockdown für Ungeimpfte stellte Merz sich so vor: **‚Kein Ungeimpfter mehr im Büro, kein ungeimpfter Fußballspieler mehr auf dem Rasen, kein ungeimpfter Abgeordneter mehr im Bundestag, kein ungeimpfter Student mehr im Hörsaal.‘**“

**Marie-Agnes Strack-Zimmermann** (FDP) forderte „drakonische Strafen“. Gegenüber **WELT** sagte sie: „Menschen, die sich weigern, geimpft zu werden, also – sofern sie keine Erkrankung haben, die das nicht zulässt –“ müssten sich darüber im Klaren sein, **„dass sie nicht als Minderheit die Mehrheit terrorisieren dürfen und deshalb auch mit entsprechenden Regeln konfrontiert werden.“** **„Ungeimpfte seien ‚Bekloppte‘**“ ist eine Aussage von **Joachim Gauck**. Und so könnte man die Zitatensliste fortsetzen.

Es ist Zeit für Aufarbeitung und Entschuldigungen, damit sind vor allem **auch die Medien gemeint**. Wir fangen an und entschuldigen uns für den folgenden Satz vom 09.01.2022: **„Es gibt nur einen Weg, die Menschen an die Nadel zu bringen: Beschränkungen. 2G+ ist vollkommen richtig. Auch wenn es platt klingt, aber, wer nicht angeschnallt ist, darf nicht Auto fahren und wer nicht vollständig geimpft ist, darf an vielen Angeboten des öffentlichen Lebens nicht teilnehmen.“**

**Ed Koch**